

B E R I C H T

an die
Stadtverordnetenversammlung

Anfrage Nr.
25/16-21

Betreff: Aktualisierte Finanzplanung

Bericht des Magistrates:

Der Magistrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Wie sieht die aktualisierte Finanzplanung unter Einarbeitung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zum Haushalt 2017, zur Sophie-Opel-Schule und zur Alexander-von-Humboldt-Schule aus?

Frage 2:

Wie sieht die aktuelle Investitionsplanung unter Einarbeitung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zum Haushalt 2017, zur Sophie-Opel-Schule und zur Alexander-von-Humboldt-Schule aus?

Frage 3:

Wie sieht die aktualisierte Anlage 3 „Verbindlichkeiten“ zum Haushaltsplan 2017 aus, hier insbesondere der Punkt 8, der im Haushaltsplanentwurf leider offen blieb?

Antwort:

Die Beantwortung der Fragen 1 – 3 ist durch den endgültigen Haushaltsplan 2017 beantwortet. Dieser ist der Stadtverordnetenversammlung in der Sitzung am 24.05.2017 zugegangen.

Frage 4:

Wie sieht die Entwicklung der Verbindlichkeiten über die Jahre 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016 und 2017 aus? Hierbei insbesondere Kassen- und Investitionskredite, die anteiligen Schulden im Rahmen von Mitgliedschaften in Zweckverbänden und die anteiligen Schulden im Rahmen der Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmen. Die Anlage 3 aus den entsprechenden Haushaltsplänen dieser Jahre ist als Kopie beizufügen und eventuelle Abweichungen zu erläutern.

Antwort:

Aus der beigefügten Übersicht wird der Stand der Verbindlichkeiten seit 2011 in der Entwicklung sichtbar.

Im investiven Bereich reduziert sich die Verschuldung aufgrund der Tilgungsleistungen bei gleichzeitiger reduzierter Kreditneuaufnahme.

Das Volumen der Kassenkredite steigt durch die defizitären Jahresergebnisse an.

Die Reduktion in den Jahren 2013 – 2015 basiert auf der Ablösung von rd. 128,8 Mill. Euro im Rahmen des kommunalen Schutzschirms.

Die anteiligen Schulden im Rahmen der Beteiligungen und wirtschaftlichen Unternehmen (Ziff. 8) beziehen sich auf die Stadtwerke, die Gewobau und das GPR. Die Zunahme basiert im Wesentlichen aus Kreditaufnahmen zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen bei den Stadtwerken, für wohnungswirtschaftliche Maßnahmen bei der Gewobau sowie der Zwischenfinanzierung der Neubaumaßnahme C beim GPR Klinikum.

Bei den Werten 2017 handelt es sich um Planzahlen, die nach derzeitigen Erkenntnissen für den Kernhaushalt in dieser Höhe nicht eintreten werden.